

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,65 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
im Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilfs-Vorstand).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 10 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 50.

Berlin, Mittwoch, 1. Juli 1908.

vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Berichte und Versuche. — Zur Geschichte der Ver-
hältnisswahl am Gewerbegericht Berlin. — Bergwerke und
Steinbrüche in Großbritannien. — Allgemeine Rundschau.
— Gewerkevereine-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Berichte und Versuche.

Die deutsche Arbeiterbewegung, so unentbehr-
lich sie ist und so segensreich auch ihre Wirkungen
sind, hat doch auch Erscheinungen zur Folge ge-
habt, die auf das tiefste zu beklagen sind. Die
Verjüngung der Unternehmer, durch ihr wirtschaftliches
Ubergewicht die Arbeiter an der Ausübung
ihrer Koalitionsfreiheit zu hindern auf der einen
Seite, die erbitterten und gefährlichen Kämpfe unter
den verschiedenen Organisationsrichtungen der Ar-
beiter auf der anderen Seite sind Schattenseiten
der Arbeiterbewegung. Ihre widerwärtigste Er-
scheinung aber sind die gelben Gewerkschaften,
gleichviel, unter welchem Namen sie auftreten.
Mögen sie verschämt sich „Vaterländischer Arbeit-
nehmerverein“ oder „Spar- und Unterstützungs-
verein“ oder unverschämt offen sich „gelbe Gewerkschaften“ nennen, der Name tut nichts zur Sache,
und unter allen Umständen handelt es sich dabei
um Vereinigungen, die von jedem aufrichtigen
Freunde einer gesunden Arbeiterbewegung auf das
allerentschiedenste bekämpft werden müssen.

Inmitten gerufen von Unternehmer Gnaden
unter tätiger Mitwirkung der Meister und Werk-
führer und oft unter Anwendung des stärksten
Druckes, unterhalten von dem Gelde der Unter-
nehmer, die es sich gern etwas kosten lassen, um
sich eine jederzeit gefügige Schutztruppe zu sichern,
können diese Akerorganisationen keine andere
Wirkung haben, als den wirklichen Arbeiterberufs-
vereinen in dem Streben, ihren Mitglie-
den menschenwürdige Existenzverhältnisse zu erringen,
stets und ständig Knäuel zwischen die Beine zu
werfen.

Wir dürfen es uns heute versagen, die Ge-
meingefährlichkeit der gelben Gewerkschaften hier
nochmals eingehend nachzuweisen. Die Urteile, die
wir im Laufe der Monate über sie veröffentlicht
haben, sowohl von Theoretikern als auch von
Männern der Praxis, sind so vernichtend, daß wir,
ohne sie zu wiederholen, annehmen dürfen, daß sie
unseren Lesern im Gedächtnis haften geblieben sind.
Selbst der von ihren Gönnern besonders hervor-
gehobene Vorzug, daß erst durch sie der Frieden
in der Industrie gewährleistet werde, ist ein beab-
sichtigter oder ein ungewollter Trugschluß. Gewiß,
wo die Gelben stark vertreten sind, vermögen die
Organisationen nur schwer Verbesserungen für die
Arbeiter zu erreichen, und Lohnbewegungen mögen
seltener sein. Diese Ruhe aber ist die Ruhe vor
dem Sturm, der das Unwetter nachher mit umso
größerer Heftigkeit folgen muß.

Auf die Entwicklungsgeschichte der Gelben
wollen wir uns ebenfalls nicht einlassen, ebenso-
wenig auf die Ursachen, die das so schnelle Empor-
wachsen jener Sumpfpflanzen begünstigt haben.
Daß die Hauptschuld auf den übertriebenen Radika-
lismus und den Terrorismus der „freien“ Gewerkschaften entfällt, ist eine Tatsache, für die sich
jeder Beweis erübrigt. Unbewußt haben die
„Genossen“ für jene den Boden vorbereitet, auf
dem sie jetzt überall Wurzel zu fassen suchen. In
schlauer Berechnung aber haben die Unter-

nehmer die Situation für sich auszunutzen verstanden.
Durch die Errichtung von Pensions- und Unter-
stützungskassen und ähnlichen Räder haben sie die
verärgerten und streitmüden Arbeiter an ihre
Betriebe zu fesseln verstanden, zu denen sich dann
jene moralisch minderwertigen Elemente gesellten,
die entweder zu kurzfristig waren, um die ihnen
gestellte Falle zu erkennen oder geneigt sind, für
geringe Vorteile ihre gesetzlich gewährtesten Rechte
zu verschachern. Staat machen können die Begründer
der Gelben keinesfalls mit ihren Schülern, doch
das wollen sie auch nicht. Ihnen kommt es nur darauf
an, sich das nötige Kontingent unbedingt arbeits-
williger Leute zu schaffen, und das ist ihnen gelungen.
Da kommt es auf ein paar Laufend Mark nicht
an und auch darauf nicht, daß man die Gelben
als die Erhalter und Förderer des sozialen Friedens
hinstellt, die sich in ihrem Tun und Lassen einzig
und allein von der „Liebe zum Vaterlande“ leiten lassen. Man
muß die warme Befürwortung gelesen haben, welche
die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten
Nummer einem vollinhaltlich zu Abdruck gebrachten
Aufruf des „vaterländischen Arbeitnehmer-Bundes“
angehehen läßt, um das Maß der Deulichkeit würdigen
zu können, mit der die Scharfmacher die „Gelben“
als den Ausbund alles Guten hinzustellen bemüht sind.

Mit einem Gefühl des Abscheus wendet man
sich ab von diesem Treiben, das leider eine Unter-
stützung findet auch in Kreisen, in denen man es
nicht erwarten sollte. Es sind erst wenige Wochen
her, da mußten wir davon berichten, daß sich ein
nationalliberaler Reichstagsabgeordneter,
Dr. Weber in Jittau, dazu hergegeben hatte, bei
der Geburt einer gelben Gewerkschaft Helferdienste
zu leisten. Man konnte das als einen Einzelfall
betrachten und als solchen bedauern. Leider aber
scheint es sich hier um ein System zu handeln.
Am 25. Juni d. J. tagte in Dresden die General-
versammlung der Gesellschaft des Verbandes
sächsischer Industrieller zur Entschädigung
bei Arbeitseinstellungen. In dem offiziellen
Bericht über diese Tagung befindet sich auch folgende
Stelle:

Herr Direktor Gäßner empfahl die Unter-
stützung der nationalen Arbeiterbewegung
bezweckte es aber als dringend erforderlich, daß die auf
diesem Boden gegründeten Arbeitervereine den Ar-
beitern nicht bloß eine ideale Befriedigung, sondern vor
allem auch materielle Unterstützung ähnlich
wie die Gewerkschaften bieten müßten. Herr
Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann führte für
den Erfolg und die Ausbreitung der nationalen Arbeiter-
bewegung anschauliche Beispiele aus seiner Praxis vor
und legte den Industriellen die Unter-
stützung dieser Bewegung dringend ans
Herz.

Nun, auch die Deutschen Gewerkevereine stehen
auf nationalem Boden. Auf sie aber beziehen sich
die obigen Ausführungen der genannten beiden
Redner nicht. Die Herren meinen den Kubdel-
muddel, der sich in dem Verband der vaterländischen
Arbeitervereine zusammengefunden hat, d. h. mit
anderen Worten die „Gelben“. Wir bedauern es,
selbst bei einem Manne, wie dem Abg. Dr. Strese-
mann, derartige Anschauungen anzutreffen, die wir
mit dem Worte „liberal“ nicht in Einklang zu
bringen vermögen. Für die Zukunft wird man
sich die Sache merken.

In übrigen leben wir der felsenfesten Ueber-
zeugung, daß auch die „Gelben“ nur eine vorüber-
gehende Erscheinung sind. Ihre Schützer müssen
schon aus Selbsterhaltungstrieb dafür sorgen, daß

auch die gelben Bäume nicht in den Himmel
wachsen. Denn wenn der Druck von oben zu
groß wird und die gelben Gewerkschaften haben
das Heft in der Hand, dann werden sie auch von
der Waffe Gebrauch machen und sie gegen die-
jenigen richten, die sie ihnen in die Hand gedrückt
haben. Deshalb müssen es die Herren Unternehmer
schon so einrichten, daß die Gelben stets nur einen
Spielball in ihrer Hand bilden. Das möge man
jenen törichteren Arbeitern stets vor Augen halten,
wenn man sie über das Kurzfristige und Verwerf-
liche ihres Verhaltens aufklären will. Aufklärung
aber ist das einzige Mittel, das gegen das „gelbe
Fieber“ mit Erfolg angewandt werden kann.

□ Zur Geschichte der Verhältnisswahl am Gewerbegericht Berlin.

In ihrer Sitzung vom 4. Juni d. J. hat die
Stadtvorordnetenversammlung von Berlin dem An-
trage des Magistrats auf Einführung der Verhältniss-
wahl bei dem Gewerbegericht Berlin zugestimmt.
Damit ist unser seit Jahren für dieses Wahlfahren
geführter Kampf mit Erfolg beendet. Es dürfte nicht
ohne Interesse sein, die einzelnen Epochen dieses
Kampfes noch einmal zu übersehen.

Am 13. Mai 1901 wurde in dritter Lesung
durch den Reichstag eine Novelle zum Gewerbe-
gerichts-gesetz angenommen, die eine Reihe von Ver-
besserungen gegenüber den bisherigen gesetzlichen Be-
stimmungen erbrachte. Darunter befand sich auch der
§ 15, in dem es mit Bezug auf das Verfahren zur
Beisitzerwahl hieß:

„Auch ist eine Regelung nach den Grundzügen der
Verhältnisswahl zulässig; dabei kann die Stimmen-
abgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis
zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkte vor der Wahl
einzureichen sind.“

Die Verhältnisswahl war damals in Deutschland
etwas ganz Neues. Nur in der Schweiz hatte man
unseres Wissens vorher schon einige schlichtere Ver-
suche damit gemacht. Weil also noch niemand Er-
fahrungen mit diesem Wahlverfahren gemacht hatte,
darum begnügte sich der Gesetzgeber damit, die Be-
nutzung der Verhältnisswahl zunächst freiwillig zu
gestatten. Die Beschlußfassung darüber sollte den
Behörden obliegen, denen die Genehmigung der
Statuten zusteht. In den meisten Fällen sind das
die Stadtvorordnetenversammlungen.

Der Verband der Deutschen Gewerkevereine be-
mühte sich sofort, die Ortsverbände aufzufordern, in
ihren Orten auf die Einführung der Verhältnisswahl
zu dringen. Am 4. Oktober 1901 wurde dann auch
eine bezügliche Eingabe an den Magistrat der Stadt
Berlin gerichtet, mit dem Ersuchen, auch für das
Berliner Gericht die Verhältnisswahl einzuführen. Es
dauerte bis zum 29. Mai 1902, ehe der Antrag,
nachdem der Magistrat ihn abgelehnt hatte, in der
Stadtvorordnetenversammlung durch den Kollegen
Goldschmidt zur Sprache gebracht werden konnte.
Der Magistrat hatte sich so lange Zeit gelassen.
Schon einige Monate vorher hatte sich das Korre-
spondenzblatt der sozialdemokratischen Gewerkschaften
zu der Frage geäußert. In der Nr. 1 des Jahr-
ganges 1902 ver kündete er der leidenden Mensch-
heit seine Stellung zur Verhältnisswahl in folgender
Weise:

„In Frankfurt a. M. selbst ist dieses System in einer
Sitzung der Stadtvorordnetenversammlung abgelehnt worden,
obwohl Stadtrat Dr. Fisch sich mächtig dafür ins Zeug
legte und unsere Gewerkschaften, gegen die
sich nach Ansicht der christlichen Gewerks-
chaften dieses System angeblich richten
soll, sich durchaus zustimmend geäußert
hatten. Die Verwerfung geschah aus Angst, es könnten
sozialdemokratische Arbeitgeberbeisitzer gewählt werden.“

Es folgt dann eine Polemik gegen die „Westf. Arb.-Ztg.“, die mit folgenden Sätzen schließt:
 „In Berlin wird die Einführung des Proportionalwahlverfahrens nicht am Widerstand unserer Gewerkschaften, sondern lediglich an dem der Unternehmer und an dem Verhalten ihrer freisinnigen Stadtvertretung scheitern. Daß der Proporz uns nicht unangenehm ist, sondern uns lediglich Vorteile bringen kann, haben wir bereits früher dargelegt.“

Man dürfte also annehmen, daß auch die sozialdemokratischen Vertreter in der Berliner Stadtverordnetenversammlung für die Sache eintreten würden. Es kam aber anders. Am obengenannten Tage trug Kollege Goldschmidt namens seiner Fraktion die Sache in der Stadtverordnetenversammlung vor. Den wichtigsten, auch heute noch interessierenden Teil der damaligen Verhandlungen geben wir nach dem „Gewerkeverein“ Nr. 48 Jahrgang 1902 wieder. Goldschmidt begründete den Antrag:

„... Zu meinem großen Bedauern hat der Magistrat Abstand davon genommen, die Verhältniswahlen in das Statut aufzunehmen. Andere Städte, darunter auch die großen Städte München und Frankfurt a. M., haben die Verhältniswahlen eingeführt; wieder andere Städte, wie Ulm, Mannheim, Darmstadt, Hagen in W., Selterskirchen, Eiben (Hannover), Potsdam, Vögnitz und andere mehr, haben die Einführung bereits beschlossen. Warum soll das, was für diese Groß- und Mittelstädte als praktisch angesehen worden ist, für Berlin unpassend sein?“

Meine Herren, der Magistrat befürchtet, daß die Verhältniswahlen in die verschiedenen Interessentkreise der Arbeiter und Arbeitgeber in erhöhtem Maße Streitigkeiten und Aufregungen hineintragen werden, wie es wörtlich in seiner Vorlage heißt. Wir sind gespannt darauf, im Ausschuß zu erfahren, mit welchen Gründen der Magistrat diese Behauptung stützen will.

Meine Herren, wenn nun, wie bisher, die Majoritätswahlen in Geltung bleiben, dann beteiligen sich an den Arbeitnehmerwahlen nur die sozialdemokratischen Arbeiter; alle übrigen Arbeiter, die nicht auf dem sozialdemokratischen Boden stehen, sind dann von der Wahl ausgeschlossen, weil es ihnen nichts nützen würde, sich zu bemühen; sie bleiben so sehr in der Minorität. Wir haben das bei den ersten Wahlen vor 12 Jahren erleben können; da haben auch die nichtsozialdemokratischen Arbeiter in manchen Bezirken ganz erhebliche Minoritäten erzielt; aber nirgendwo sind sie ganz durchgekommen.

Meine Herren, die nichtsozialdemokratischen Arbeiter in Berlin zählen nach vielen Tausenden und es ist geradezu ungerecht, diese Arbeiter von der Beteiligung an dem Gewerbegericht auszuschließen. Der Gesetzgeber hat erwidern wollen, daß auch diese Minoritäten zur Geltung kommen; deswegen hat er in den §§ 15 ff. die Verhältniswahl vorgezogen, und der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat neuerdings Vorschläge an die Gemeinden ergehen lassen, worin die Regelung des Wahlverfahrens bei den Gewerbegerichten nach den Grundrissen der Verhältniswahlen geordnet ist. Meine Herren, was kann uns nun veranlassen, diese Absicht des Gesetzgebers, auch die Minoritäten gelten zu lassen, unvorsichtig zu machen? Nun wir das, so scheint mir das sehr bedauerliche zu sein.

Meine Herren, der Magistrat stützt sich darauf, daß angeblich nur wenig Arbeiter die Verhältniswahl verlangt haben. Ich bestritte, daß das richtig ist. Im Namen von 9000 in Berlin organisierten nichtsozialdemokratischen Arbeitern, hat der Zentralrat derselben an den Magistrat um Einführung der Proportionalwahl petitioniert; außer diesen 9000 Gewerbevereinen haben auch die christlichen Gewerbevereine, ferner die evangelischen und die katholischen Arbeiter Berlins, die in den letzten Jahren eine große Anzahl von Mitgliedern gewinnen konnten, um Einführung der Verhältniswahl petitioniert. Gewiß, alle diese zusammengekommen bleiben der großen Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter in Berlin gegenüber in der Minorität. Aber es ist doch eine so erhebliche Zahl, daß sie in der Tat einen Anspruch hat, gehört zu werden.

Meine Herren, es handelt sich bei den Proportionalwahlen um eine wichtige Reform des Wahlsystems, die — das möchte ich hier ausdrücklich hervorheben — in der sozialpolitischen Literatur lebhaft und zustimmend erörtert wird. Die Berliner Gewerbeblätter haben sich ebenfalls für die Einführung der Verhältniswahlen in Berlin ausgesprochen; allerdings der gutachtlich gehörte Ausschuß des Gewerbegerichts war dagegen. In dem Gewerbegerichtsausschluß sitzen Sozialdemokraten, die sich ganz entgegen ihrem Programm, gegen die Verhältniswahlen ausgesprochen haben. Im „Vorwärts“ wurde dies damit verteidigt, daß die Verhältniswahl ja nur fakultativ eingeführt sei; die Sozialdemokraten könnten sich für die Verhältniswahlen nur aussprechen, wenn sie allgemein, das heißt obligatorisch eingeführt wären.

Meine Herren, dieses Gesetz will vor allem Parteilichkeit, und aus diesem Grunde ist es notwendig, auch alle diejenigen Arbeiter, die sich nicht veranlaßt sehen, auf Grund ihrer inneren Überzeugung der Sozialdemokratie zu folgen, zu berücksichtigen, und die verdienen das auch. Meine Herren, Sie hören mit einem die Verhältniswahl ablehnenden Beschluß dieser großen Anzahl nichtsozialdemokratischer Arbeiter vor den Kopf; ich bitte dringend: lassen Sie auch diese Arbeiter zur Geltung kommen!

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Roblenger sprach sich gegen die Proportionalwahl aus und gegen den von unserem Kollegen Goldschmidt gestellten Antrag, diese Frage in einem Ausschuß zu beraten. Die Sozialdemokraten, so meinte er, sind nicht dafür, daß fakultative Proportionalwahlen eingeführt werden, die es den einzelnen Majoritäten gestatten, die Verhältnisse auszunutzen, je nach ihrer Wachststellung.“

Vom Magistratsrat trat Stadtrat Bohm für unbedingte Annahme der Vorlage ein und begründete dies u. a. auch damit, daß „jeder, der diese Beratung des Gewerbegerichts kennt, weiß, daß es eine Freude ist, zu sehen, in welcher Harmonie Arbeiter und Arbeitgeber dort zusammenarbeiten. Wenn nun nach dem bestehenden Wahlsystem wir eine solche Harmonie erzielt haben, ist es doch nicht praktisch, daran zu rütteln und etwas Neues einzuführen.“

Der Kampf war aber vergebens, die Verhältniswahl wurde abgelehnt.

Jahrelang ruhte nun die Bewegung. Während dieser Zeit trat die Verhältniswahl einen Stageszug durch Deutschland an. 1904 brachte das Kaufmannsgerichtsgesetz die zwangsweise Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten. Mehr als 80 Gewerbegerichte dürften im Lande ebenfalls dieses Wahlsystem angenommen haben. Bei den württembergischen Landtags- und Gemeinde-ratswahlen kam es 1907 zur Anwendung. Genuß, es war die Zeit gekommen, auch den Magistrat der Stadt Berlin erneut wieder einmal vor die alte Frage zu stellen. (Fortsetzung folgt.)

Bergwerke und Steinbrüche in Großbritannien.

Nach einer vor kurzem erschienenen amtlichen Statistik des britischen Ministeriums des Inneren über die Bergwerke und Steinbrüche im abgelaufenen Jahre 1907 wiesen diese im ganzen eine Arbeiterzahl von 1 060 034 Köpfen auf. Im Vergleich zum Vorjahre bedeutet dies eine Zunahme von 59 644 Arbeitern in den Bergwerken, jedoch eine Verringerung um 3702 Arbeiter in den Steinbrüchen. Dieses Verhältnis hält schon längere Zeit an. 98 Prozent dieser Arbeiterschaft unterstand dem Britischen Schutze für Bergwerke. Diese 940 618 Arbeiter bedeuten gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um 6% Prozent; die Zunahme erfolgte in allen Bergwerksdistrikten des Vereinigten Königreiches und belief sich in einigen von ihnen sogar auf 14 Prozent.

758 000 dieser geschilderten Arbeiter oder mehr als 80 Prozent der Gesamtheit waren unterirdische Arbeiter, davon wiederum wurden 6000 Kinder zwischen 13 und 14 Jahren gemustert. Es ist dies eine Schattenseite und Minderwertigkeit der britischen Arbeiterschutzesgebung, deren Reform regelmäßig an dem Widerstande einzelner Bergamannerkategorien in einigen Distrikten, besonders in Northumberland, scheitert. Immerhin ist ihre Zahl verhältnismäßig keine erhebliche.

Sehr beträchtliche Ziffern wies dagegen die Zahl der Arbeiterinnen, der Kinder und Jugendlichen unter den oberirdischen Bergarbeitern auf. Bei einer Gesamtzahl von mehr als 182 000 derart Beschäftigten befanden sich darunter 2665 Kinder männlichen Geschlechtes zwischen 12 und 14 Jahren, ferner 5630 Arbeiterinnen, unter denen sogar 762 das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht hatten. Gegen das Vorjahr hatten die Arbeiterinnen eine Vermehrung um 189 aufzuweisen. Endlich befanden sich darunter 14 139 jugendliche Arbeiter zwischen 14 bis 16 Jahren, deren Zahl in den unterirdischen Betrieben der Bergwerke sogar die hohe Ziffer von 41 750 erreichte!

Günstiger waren diese Verhältnisse bei den Arbeitern, die dem Schutze über die Metallbergwerke unterstellt waren. Hier belief sich ihre Gesamtzahl auf nur 31 602, unter denen gar nur 1142 Kinder und jugendliche Arbeiter und 214 Arbeiterinnen sich befanden.

Die Zahl der in den tieferen Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter belief sich auf insgesamt 87 814. Es befanden sich in dieser Zahl 2379 Kinder und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und nur 25 Arbeiterinnen.

Die Gesamtzahl der tödlich verlaufenen Unglücksfälle betrug im Berichtsjahre 1283 mit 1369 Todesfällen. Die Bergwerke allein nahmen davon 1195 bezw. 1279 also die große Mehrzahl in Anspruch. Leider ergibt die Berechnung gegen das Vorjahr eine Zunahme dieser Unfälle um 97 und der Todesfälle um 101. Oberhalb der Erde trugen sich 11,7 Prozent der Todesfälle zu. Wie stets, bewirkte der Einsturz von Erde die meisten Unfälle, nämlich 45,8 Prozent aller. Nur 3,4 Prozent entfielen auf die Explosion von Dampf oder schlagende Wetter, die in der Periode der Jahre 1851—55 noch 128 auf je 100 000 Beschäftigte betragen hatte; sie sank aber stetig unter dem Einfluß der peinlichst vorzorgenden Gesetzgebung. In der Periode 1881—85 betrug die Zahl der dadurch bewirkten Todesfälle nur noch 12, in den beiden letzten Jahren ist sie sogar auf 3 bezw. 6 auf je 100 000 Arbeiter gesunken. — Durch den Fall von Erde verunglückten 75 Personen unter 100 000 tödlich im abgelaufenen Jahre, immerhin

2 weniger als im Vorjahre. Diese Ziffern sind seit dem Jahre 1890 ziemlich konstant geblieben.

Dagegen sind die tödlichen Unfälle „aus anderen Ursachen“ an Zahl gewachsen. Sie beliefen sich jetzt auf 39,1 Prozent aller Todesfälle. Die Hälfte etwa unter dieser Kategorie betraf Ueberfahren oder Zerquetschung durch Wagen oder Tonnen.

Im ganzen bezifferten sich die tödlichen Unfälle, die über der Erde mit einbegriffen, auf 132 für je 100 000 beschäftigte Arbeiter. In den Jahren 1851—55 betrug die bezügliche Ziffer noch 430, in der Periode 1881—85 noch immer 201. Allerdings ist sie im Vorjahre 1906 nur 129 gewesen. Die Zunahme im abgelaufenen Jahre mag auf einem Zufall, vor allem aber auch wohl auf der starken Steigerung der neuangeleiteten Bergarbeiter beruhen, die wir oben ziffernmäßig angegeben haben. Uebrigens wachsen mit der Ausbeutung der Bergwerke, namentlich bei den sehr tiefgehenden Gruben Großbritanniens, auch die technischen Gefahren und Möglichkeiten von tödlichen Unfällen sogar progressiv.

Die Ausbeute an Kohlen wie an allen Metallen ist mit geringen Ausnahmen stark angewachsen. Für Kohlen beliefen sich die bezüglichen Ziffern in den drei letzten Jahren auf 236 129 bezw. 251 067 bezw. 267 851 englische Tons, fuhr ebenso gewaltig zu steigern, wie die dafür ermittelte eine beträchtliche Vermehrung. Dabei vermochten die britischen Kohlenbergwerke ihre Ausbeute zu steigern. Dank ihrer starken Organisationen hatten die Arbeiter ebenfalls einen beträchtlichen Gewinn von dieser Preissteigerung durch nicht unerhebliche Lohnvermehrung.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 30. Juni 1908.

Verbandsgenossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend! Besucht recht zahlreich die am Mittwoch, den 1. Juli, abends 8 Uhr im Verbands-hause stattfindende Mitgliederversammlung, in welcher die Debatte über den Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt über: „Die Gewerbevereine und die Parteipolitik“ fortgesetzt wird. Da nur Mitglieder Zutritt haben, ist das Quittungsbuch als Legitimation mitzubringen.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts ist für den Bezirk Jęhritz in Anhalt von der Gemeindevertretung auf den Antrag unseres Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen Alb. Wittig, beschlossen worden. Hossentlich wird in dem Statut das Verhältniswahl-system vorgezogen. Dann ist es natürlich Aufgabe unserer Verbandsgenossen, alles daran zu setzen, um eine möglichst große Zahl von Wählerstellen zu gewinnen.

Der Entwurf einer Strafprozessreform wird, wie das „Berl. Tagebl.“ aus zuverlässiger Quelle wissen will, dem Bundesrat Ende des nächsten Monats zugehen. Damit ist selbstverständlich gegeben, daß der Bundesrat sich mit der Materie im Sommer nicht mehr beschäftigen wird. Aber auch im Herbst, wenn die einzelnen Mitglieder des Bundesrates vom Urlaub zurückgekehrt sind, wird die Vorlage nicht sofort zur Beratung kommen. Auf die Tagesordnung der ersten Sitzungen nach den Ferien soll vielmehr der Gesetzesentwurf betreffend die Reichsfinanzreform gestellt werden. Infolgedessen dürfte die Vorlage über die Strafprozessreform dem Reichstage kaum vor Weihnachten zugehen.

Im übrigen wird mit dem Gesetz im Reichsjustiz-amte nicht das Bestechspiel und die Scheinmünz-fabrikation betrieben werden wie mit der Reichsfinanzreform. Sobald die Vorlage dem Bundesrat vorgelegt ist, wird ihr Inhalt auch veröffentlicht werden. Ueber Einzelheiten wird vorher allerdings Still-schweigen bewahrt.

Wie dem Blatte jedoch aus zuverlässiger Stelle im Reichs-justizamt mitgeteilt worden ist, wird der Entwurf eine grundlegende Reform auf allen Gebieten und Zweigen des Strafprozesses bringen. Das gilt in erster Linie von der Berufung. Von den übrigen, weniger wichtigen Punkten des Inhaltes der Reform sei erwähnt, daß das Gesetz eine Beschränkung der Vereidigung und die Einführung des Nach-eides vorsieht. Ferner wird die Vorlage Bestimmungen enthalten über den Ausschluß der Dessen-ligkeit für bestimmte Fälle. Endlich wird die Strafprozessreform Vorschriften aufweisen, die auf eine möglichst Schonung des Zeugen hinarbeiten und ihn vor wirtschaftlichem Schaden bewahren wollen.

Klingt dies auch alles noch sehr unbestimmt, so bräuchte die geplante Strafprozessreform — die Wichtigkeit obiger Meldung vorausgesetzt — immerhin recht wesentliche Vorteile. Hossentlich werden bald genauere Mitteilungen über den Stand der Dinge gemacht.

Der Hof gehorcht, nicht dem eigenem Triebe. Unter dem Druke der öffentlichen Meinung scheint nun der Verband der bayerischen Metallindustrie den Rückzug angetrieben zu haben. Bestenfalls wird aus Nürnberg gemeldet, daß der Vorstand beschloffen habe, das berüchtigte Aussperrungsunderschieden zurückzuführen.

Wenn sich diese Nachricht — woran zu zweifeln wir keinen Grund haben — bewahrheitet, so würde das einen glänzenden Erfolg bedeuten, der sowohl auf das Konto der gesamten Presse, als auch der entschiedenen Stellungnahme der betroffenen Organisationen und der hinter ihnen stehenden Verbände zu legen ist. Die Unterstützung der Angestellten durch die Presse, das einmütige Vorgehen der Organisationen und das Erwachen des Organisationsgedankens auch in solchen Kreisen, die dafür bisher noch kein Verständnis besaßen, ist das Erfreulichste an dem unerwarteten Vorgehen, das die Öffentlichkeit solange beschäftigt hat. Daran kann auch das Zurückziehen des Erlasses nichts mehr ändern, das doch nur eine reine Formsache ist. Der Geist, der in dem Rundschreiben zutage trat, bleibt nach wie vor bestehen. Indessen werden sowohl die technischen, als auch die kaufmännischen Angestellten durch den inneren Ausbau ihrer Organisation und unablässiges Werben neuer Mitglieder dafür sorgen, daß dieser Geist nicht allzuviel Schaden anrichtet.

Der geschlichen Regelung der Heimarbeit soll nach einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ eine soeben beendigte Reise des Geh. Oberregierungsrats Neumann vom preussischen Handelsministerium gegolten haben. Derselbe hat die Regierungsbezirke Aachen und Düsseldorf, wo besonders wichtige Zweige der Hausindustrie und Heimarbeit ihren Sitz haben, vierzehn Tage lang bereist und umfangreiche Erhebungen vornehmen lassen. Auch die Lebensverhältnisse der Heimarbeiter sollen dabei besondere Berücksichtigung gefunden haben. Hauptsächlich hat man sich darauf beschränkt, seine Informationen nur bei Unternehmern und Behörden zu holen, sondern hat die Heimarbeiter selbst befragt. Sonst könnte gar zu leicht ein falsches Bild entstehen, das einer gründlichen Regelung der Frage der Heimarbeit eventuell hinderlich werden könnte.

Die Reform der Krankenkassenversicherung kam auch in der letzten Sitzung des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine zur Sprache. Dabei wurde gewünscht, daß in Zukunft Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Krankenkassenbeiträge zur Hälfte leisten. Der Vorschlag im Krankenkassenvorstand müsse einem Arbeitgeber übertragen werden. Außerdem wurde der Berliner Magistrat um die Errichtung einer Zentralmeldestelle für die Krankenkassen ersucht und ferner als angemessen bezeichnet, daß wenn ein Arbeitnehmer für mehrere Arbeitgeber tätig ist, die Beiträge auf die in Betracht kommenden Arbeitgeber verteilt werden.

Nun, so einfach ist die Sache nicht, wie die Herren denken. Bei einer solchen „Reform“ werden die Arbeitnehmer auch noch ein Wortchen mitreden.

Arbeiterbewegung. Nach nahezu zweimonatlicher Dauer ist der Streik in der Reifeffektenindustrie Groß-Berlins durch einen auf 3 Jahre festgelegten Tarif beendet worden, nachdem die Fabrikanten die durch Schiedspruch festgesetzten Lohn-erhöhungen zugestanden und die Arbeiter ihren ablehnenden Standpunkt gegen den von den Unternehmern verlangten Endtermin aufgegeben haben. — Mit knapper Mehrheit haben sich auch die Berliner Portefeuilleer usw. dem Offenbacher Schiedspruch gefügt und dadurch dem Einheitsstarif in der deutschen Lederindustrie die Wege geebnet. — In der Bayerischen Granitgewerkschaft in Metzzen haben die Stein-arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Unter-nehmer, die den Arbeitern bei der Lohnzahlung 8 Prozent ihres Verdienstes für Abnutzung des Werkzeuges abzogen, auf diese Maßnahme nicht verzichteten wollten. — Seit etwa einem halben Jahre stehen im Erzgebirge über 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wirkwaren-Industrie im Streik. Ein Ende des Kampfes läßt sich noch nicht absehen, da die Unternehmer den bescheidenen Forderungen der Arbeiter gegenüber einen schroff ablehnenden Standpunkt einnehmen. — In der Ausstellung in München sind die Kellner bereits zum zweiten Male in den Ausstand getreten, da der betreffende Unternehmer wiederholt die getroffenen Vereinbarungen gebrochen hat. — Bei den Zinnungemeistern in Stettin haben die Schmiedegesellen am Montag die Arbeit niedergelegt. — Ein Streik der Holzarbeiter in Trier ist nach dreiwöchiger Dauer dadurch beendet worden, daß den Arbeitern bei gegenwärtiger Arbeitszeit eine kleine Lohnhöhung bewilligt wurde. — In der Wülfelsfabrik von Pante in Saagenbis sind etwa 70 Tischlergesellen in den Ausstand getreten. — Zur Erzielung eines Lohnstarifs

mit einer Lohnerrhöhung sind in Staßfurt die Bau-arbeiter in eine Bewegung eingetreten.

Die Gasarbeiter in Budapest, die vor einigen Tagen in eine Lohnbewegung eingetreten beabsichtigten, haben beschloffen, bevor sie weitere Schritte unternehmen, das Ergebnis der zwischen der Direktion und einer Kommission der Arbeiter schwebenden Verhandlungen abzuwarten.

Der Kongress der „freien“ Gewerkschaften, der vergangene Woche in Hamburg tagte, hat, trotz der Wichtigkeit einiger Punkte seiner Tagesordnung die allgemeine Aufmerksamkeit viel weniger auf sich gezogen als in früheren Jahren. Das kommt wohl daher, daß die Verhandlungen selbst einen recht ruhigen Verlauf nahmen, was wiederum auf „das Schweigen der Hölle“ auf beiden Seiten“ zurückzuführen ist, wie der „Vorwärts“ in seiner Schlussbetrachtung sich ausdrückt. Wir haben kein Interesse daran, und auch der Raum verbietet es uns, die gesamten Verhandlungen hier im Zusammenhang zu erörtern. Dazu wird sich später reichlich Gelegenheit bieten. Nur einige Punkte seien kurz erwähnt. Die Berichte sowohl der Generalkommission als auch des Zentral-arbeitersekretariats wiesen sehr imponante Zahlen auf. Das Referat des früheren Reichstagsabg. Wollensbühr über die „Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“ übte eine scharfe Kritik an den sozialen Verhältnissen, verlor aber dadurch an Wirkung, daß es an zahlreichen Uevertreibungen litt. Interessant war der Verlauf der Debatte über die Waiseifer. Die Erörterung der Frage, „ob Waiseifer oder nicht“ ließ der Vorsitzende Regien überhaupt nicht zu. Der Kongress benützte sich damit, der Generalkommission und dem Parteivorstand für ihre Vereinbarung in der Waiseifer das Vertrauen auszusprechen, trotzdem aber wünschte er eine Abänderung derselben. Merkwürdigster Widerspruch! Zu einer lebhafteren Diskussion führten die Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden. Daß dieselben durch den Kongress aus der Welt geschafft sind, glauben die Teilnehmer selbst nicht. Die Boykottfrage, mit der man sich ebenfalls beschäftigte, wurde durch eine langatmige Resolution erledigt, auf die wir demnächst zurückkommen werden. Von hohem Interesse war das Referat Rob. Schmidts über die Jugendorganisationen. Der Redner, der überhaupt sowohl in politischen wie in gewerkschaftlichen Fragen einen gemäßigten Standpunkt einnimmt, beurteilte scharf die bisherige Form der Jugendorganisationen und fand damit bei der Mehrheit der Kongreßteilnehmer Zustimmung.

Bei Gelegenheit, wie gesagt, werden wir auf die einzelnen Verhandlungsgegenstände näher eingehen. Aus den Berichten der sozialdemokratischen Tagespresse läßt sich bei ihrer tendenziösen Berichterstattung ein zuverlässiges Bild noch nicht gewinnen.

Zu der Notiz „Ein wahres Eldorado“ in unserer Nr. 48, in der wir die Zustände in der Thorner Honigkuchenfabrik von Herrmann Thomas besprachen, sendet uns genannte Firma unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 folgende Berichtigung:

„Sie teilen in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes mit, daß die älteren Konditionen bei guten Leistungen in meiner Fabrik auf 2,20 Mk. bis 2,50 Mk. täglich kommen. Diese Angabe ist unrichtig. Ältere Konditionen erhalten einen täglichen Arbeitslohn von 3,50 Mk. und die jüngeren Konditionen einen solchen von 3 Mk. täglich.“

Hochachtungsvoll Herrmann Thomas.

Es bedurfte des Hinweises auf den § 11 des Preßgesetzes nicht, um uns zur Veröffentlichung dieser Berichtigung zu veranlassen. Uns waren die in Nr. 48 gemachten Angaben übermittelt worden, und unser Gewährsmann wird sicherlich nicht veräumen, sich zu der Angelegenheit nochmals zu äußern. Ausdrücklich aber sei festgestellt, daß an unseren sonstigen Ausführungen durch obige Berichtigung nichts geändert wird.

Kriegervereine als Gegner des Koalitionsrechts. Die Kriegervereine sollen bekanntlich unpolitische Vereinigungen sein. Es ist aber leider Tatsache, daß gegen diesen Grundsatz sehr häufig verstoßen wird und viele Mitglieder vor die Alternative gestellt worden sind, entweder aus der politischen Organisation oder aus dem Kriegerverein auszutreten. Das stärkste Stück hat man sich jedoch auf dem Verbands-tage der zur „Gassia“ gehörenden Kriegervereine geleistet, der in diesen Wochen unter dem Vorsitz eines Grafen Runo v. Stolberg-Rosla in Ortenberg stattfand. Da wurde nämlich folgender Beschluß gefaßt: „Die Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind, oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Die beruflichen Interessen der Kameraden Arbeiter sind außerhalb der Verbände und Vereins-

tätigkeit durch geeignete Kameraden tunlichst zu fördern, insbesondere durch solche, welche als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft im gewerblichen und industriellen Leben stehen. Das Vorgehen unserer Organe ist daher in Form eingehender Belehrung gedacht.“

Daß man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen bezeichne, haben sie sich selbst zuzuschreiben, womit natürlich jener Beschluß keineswegs gerechtfertigt werden soll. Im Gegenteil, wir verurteilen ihn auf das allerhöchste, da er im Grunde genommen darauf hinausläuft, die Arbeiter von der Organisation überhaupt fernzuhalten. Eine ganz neue Aufgabe nimmt der „Gassia“-Verband da auf sich, die Förderung der „beruflichen Interessen der Kameraden Arbeiter“. Davon sollte er lieber seine Hände lassen, denn es wird doch nichts daraus. Die Arbeiter wissen schon selbst, wie sie am besten ihre Berufsinteressen wahren. Die Kriegervereine geht das gar nichts an. Ihre Tätigkeit liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Unterlassen sie diese unberufliche Einmischung nicht, dann trifft sie selbst die Schuld, wenn die Boreingenommenheit gegen sie nur noch wächst.

„Freie“ Gewerkschaften. In Nr. 25 des „Stuttateur“, des Organs des Zentralverbandes der Stuttateure, vom 20. Juni 1908 werden zwei Gaulerter gesucht. Welche Anforderungen an die Beamten dieser „freien“ Gewerkschaft gestellt werden, das zeigen deutlich folgende Sätze in der Ausschreibung: „Diejenigen Kollegen, welche sich um das Amt eines Gaulerter bewerben wollen, können ihre Bewerbungsschreiben umgehend an den Hauptvorstand einreichen. Vorbedingung ist: möglichst fünfjährige Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft und zwei Jahre in der Partei.“

Daß mit der „Partei“ die sozialdemokratische gemeint wird, ist selbstredend. Es wird ja auch kaum noch von jemand geäußert, daß die Gewerkschaften sozialdemokratische Organisationen sind. Das Beiwort „frei“ dient lediglich dazu, naiven Semitern Sand in die Augen zu streuen. Trotzdem ist es gut, wenn man sich derartige offenerherzige Bekenntnisse für eine passende Gelegenheit merkt.

Von einer unerhörten Bosheit, die sich Metall-arbeiterverbändler in Hohlke bei Lüdenscheid haben zuschulden kommen lassen, berichteten wir in unserer Nr. 47. Uebrigens haben auch zahlreiche andere Blätter davon Mitteilung gemacht. Daraufhin erhielten wir von einem Herrn Robert Fischer, Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes für Lüdenscheid und Umgegend, eine längere „Berichtigung“, in welcher der beklagenswerte Vorgang zwar zugegeben, die Schuld für die schwere Verletzung eines unserer Kollegen aber diesem selbst zugeschrieben wird. Er sei außerdem nicht durch Messerschläge verwundet worden, sondern durch einen Stoß in einen Glasfaßten. Selbstverständlich haben wir nicht alles gleich als bare Münze genommen, was uns da „berichtigt“ wurde, sondern erst an zuständiger Stelle nähere Erkundigungen eingezogen, die vollständig das bestätigen, was wir geschrieben haben. Im übrigen wird ja das gerichtliche Verfahren, das inzwischen eingeleitet ist, den Sachverhalt klären. Auf alle Fälle bleibt es tief bedauerlich, daß derartige Vorgänge in der Arbeiterbewegung überhaupt möglich sind. Organisierte Arbeiter sollten wirklich etwas Besseres zu tun haben, als sich gegen-seitig die Mitglieder oft auf die schändlichste Art — wie der in Frage kommende Vorfall zeigt — abspeisig zu machen. Gesehener wäre es wahrhaftig, wenn man alle seine Kraft auf die Gewinnung der Unorganisierten richtete. Hier ist doch wirklich noch ein weites Feld zur Bearbeitung vorhanden.

Von einer Junggesellensteuer ist in letzter Zeit viel die Rede gewesen. Es ist hin und her gestritten worden, ob der Kaiser, der sie kürzlich in einer Rede erwähnte, dies im Ernst oder nur im Scherz getan habe. Diejenigen, die es für Ernst hielten, sind natürlich sofort an die Erörterung eines solchen Planes herangegangen, der nicht gerade auf große Sympathien gestoßen ist. Bei diesen Erörterungen aber hat sich nun herausgestellt, daß eine Jung-gesellensteuer gar nichts Neues ist, sondern daß einige deutsche Gemeinden ähnliche Einrichtungen bereits haben. So hat beispielsweise die Stadt Straß- burg i. E. in ihrer sozialpolitisch hervorragenden Arbeitsordnung für die in ihren Diensten stehenden Arbeiter den Grundsatz aufgestellt, daß die in der Lohnstafel vorgesehenen Grundlöhne nur für Familien- väter mit bis 3 Kindern gelten. Ledigen Arbeitern wird vom Grundlohn bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 10 v. H., vom 26. bis 30. Lebens- jahre 5 v. H. abgezogen. Die übrigen von „des Lohnes sind schon recht empfindlich und dürften wohl manchem den schweren Schritt zum Ehestand etwas erleichtern; für die niedrigste Lohnklasse macht das bereits etwa 9 Mk. im Monat aus. Der Stadtrat scheint die Hoffnung aufgegeben zu haben, nach dem

30. Lebensjahre noch einen zum Heiraten zu befehlen. Was den bösen Junggesellen abgezogen wird, bekommen die braven Leute, die als Familienväter ihre Pflicht tun; wer mehr als drei Kinder hat, die unter 16 Jahre sind, erhält eine Zulage von 5 v. H., wer mehr als fünf hat, 10 v. H., und wer es gar auf mehr als sieben bringt, 15 v. H. des Grundlohnes. Eine Zulage an kinderreiche Familien gewährt auch Halberstadt. Die städtischen Arbeiter, die drei und vier Kinder unter 14 Jahren haben, bekommen 1,50 Mk. wöchentlich, die fünf und mehr solcher Kinder haben 2 Mk. wöchentliche Zulage, die monatlich an die Frauen ausgezahlt wird.

Es handelt sich also tatsächlich um eine Art indirekter Junggesellensteuer, die uns in Strabburg sogar etwas sehr hart zu sein scheint.

Ein Rückgang des Beschäftigungsgrades macht sich auch in England deutlich geltend. Nach einem dem Handelsamt von den Trade Unions erstatteten Berichte waren im Monat Mai d. J. 7,97 pCt. der Gewerkevereinsmitglieder arbeitslos, gegen 7,5 pCt. Ende April und 3,4 pCt. Ende Mai des vorigen Jahres. Die berichtenden 288 Trade Unions, die nur gelernte Arbeiter umfassen, zählen insgesamt 627213 Mitglieder, von denen über 49500 ohne Arbeit sind. Von großem Einfluß auf diese Verhältnisse waren naturgemäß die Differenzen im Schiffsbau- und Eisenbau, denn die Gesamtzahl der Arbeiter, die durch diese Streiks betroffen wurden, betrug 55276. Aber auch abgesehen hiervon ist eine Neigung zur Verschlechterung der Geschäftslage unverkennbar, wie denn auch die Angaben über die Höhe einer abwärtsgehenden Tendenz aufweisen. 5700 Lohnerhöhungen stehen nicht weniger als 142000 Lohnerabsetzungen gegenüber. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen das Steigen der Fleischpreise von den Arbeitern um so schwerer empfunden wird.

Gewerkevereins-Teil.

§ **Berlin.** Am 9. Juli, abends 9 Uhr, findet im Vereinslokal, Holzmarktstr. 72, eine Versammlung des Ortsvereins der Konditoren Berlin III statt. Der Hauptschriftführer, Kollege Otto Kuboldy, wird in einem Referat die Frage erörtern: Wie sind die Konditoren in den Betrieben gesetzlich gegen überlange Arbeitszeiten usw. geschützt? In Anbetracht der überaus wichtigen Verhältnisse, die gerade in diesem Berufe herrschen, ist es notwendig, sich fest zusammenzuschließen, um auch den gesetzgebenden Körperschaften die Wünsche der Gehilfen zum Ausdruck zu bringen. Diesem Zwecke soll auch diese Versammlung dienen. Deshalb wird erwartet, daß nicht nur die Kollegen selbst vollständig erscheinen, sondern auch die übrigen Verbandsangehörigen alle ihre Bekannten, die dem Konditor- oder Bäckerberuf angehören, veranlassen, diese Versammlung zu besuchen. Nur durch eine starke, neutrale Berufsorganisation ist es möglich, eine Befestigung der herrschenden Verhältnisse herbeizuführen. Der Vorstand des Ortsvereins der Konditoren Berlin III.

§ **Östlich.** Am 20. Juni hielt der hiesige Ortsverband seine Generalversammlung in Rauschwabe ab. Nachdem Protokoll und Kasienberichte entgegengenommen waren, hielt der Beamte des Gewerkevereins der Baugewerker, Kollege W. J. Maagewurg, einen Vortrag über das Thema: Die deutsche Arbeiterbewegung. In eingehender, leichtverständlicher Weise wies Redner zunächst nach, was dazu beitrage, daß die Arbeiterbewegung sich leider gegenwärtig immer mehr anfeinde und welches Prinzip vorherrschend, das eine Einheitsbewegung ganz ausschließe. Der Teil der Arbeiter, der wirklich wirtschaftliche Interessen fördern wolle, würde es von der Hand weisen, sich mit denen zu vereinigen, die nur danach trachten, der Parteipolitik zu dienen. Jede wirtschaftliche Interessenvertretung müsse den Kampf um das Politische ausmerzen. Wenn nun die "freien" Gewerkevereine danach trachten, die Arbeitermassen immer mehr untereinander zu verbinden, so unterstützen sie gerade damit das Kapital, welches sie durch den Klassenkampf niederbringen wollen. Der Vortragende muß also dann darauf zu sprechen, wie dem Arbeiterstande mit der Zeit geholfen werden könne, um seine unerfreuliche Lage zu verbessern. Vor allem würden die Tarifverträge dazu beitragen können. Hieran schloß Redner einen Rückblick auf die Gründung der Gewerkevereins-Organisation und wies nach, mit welchem Weltbild Marx sich diese geschaffen habe. Welche Bedeutung die ganze Einrichtung haben muß, bewies, daß die "freien" wie christlichen Gewerkevereine ihr alles nachgeahmt haben. Anschließend besprach Redner die politische Stellung der "freien" Gewerkevereine, die einem ausfichtlosen Ziele nachjagen und kritisierte dann auch die christliche Gewerkevereinsbewegung. Weiter legte Redner noch dar, daß die Hirsch-Duncker'sche Organisation, da sie rein wirtschaftliche Ziele für die Arbeiterbewegung verfolgte, auch verjuche, auf gutlichem Wege mit dem Arbeitgeberum zu verhandeln. Redner verurteilte am Schluß seines Vortrages auch scharf die in neuerer Zeit entstandenen "gelben Gewerkevereine" und schloß mit dem Hinweis, daß die Deutschen Gewerkevereine gesunden und ehrlichen Zielen für die Arbeiterbewegung nachgehen. Wenn man auch immer sage, ihre Lage seien geläutert, so ist dieser Anspruch schon bei der Gründung erfolgt, aber er wird sich nicht bewährten, sondern im Gegenteil, man wird erkennen, daß die Gewerkevereine Hirsch-Duncker'scher Richtung die rechten Ziele verfolgen. Lebhafter Beifall dankte für die vortrefflichen Ausführungen des Redners. Nachdem noch geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Verbands-Teil.

§ **Berlin.** Am 9. Juli, abends 9 Uhr, findet im Vereinslokal, Holzmarktstr. 72, eine Versammlung des Ortsvereins der Konditoren Berlin III statt. Der Hauptschriftführer, Kollege Otto Kuboldy, wird in einem Referat die Frage erörtern: Wie sind die Konditoren in den Betrieben gesetzlich gegen überlange Arbeitszeiten usw. geschützt? In Anbetracht der überaus wichtigen Verhältnisse, die gerade in diesem Berufe herrschen, ist es notwendig, sich fest zusammenzuschließen, um auch den gesetzgebenden Körperschaften die Wünsche der Gehilfen zum Ausdruck zu bringen. Diesem Zwecke soll auch diese Versammlung dienen. Deshalb wird erwartet, daß nicht nur die Kollegen selbst vollständig erscheinen, sondern auch die übrigen Verbandsangehörigen alle ihre Bekannten, die dem Konditor- oder Bäckerberuf angehören, veranlassen, diese Versammlung zu besuchen. Nur durch eine starke, neutrale Berufsorganisation ist es möglich, eine Befestigung der herrschenden Verhältnisse herbeizuführen. Der Vorstand des Ortsvereins der Konditoren Berlin III.

Kollegen Hellwig über den Delegiertentag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Vers. bei Dsm. Berliner, Brunnenstr. 143. Werkstatangelegenheiten. Kohlenbestellung. Am 11. Juli Sommerfest im Marienbadtheater, Badstr. 35/36.

Maschinenbau- und Metallarbeiter Wilhelmstrah bei Berlin. Sonnabend, 4. Juli, Abends 8 1/2 Uhr. Vers. mit Damen, Geliebterstr. 5. Monatsbericht. Bericht der Kombinierten und Rollenangelegenheiten. Am 18. Juli Vortrag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Rixdorf II.** Sonnabend, den 4. Juli, abends 9 Uhr. Versammlung bei Desterwig, Hermannstr. 156. Vortrag des Kollegen Jordan über das Invalidenversicherungs-gesetz.

Orts- und Bezirksverbände.

Hesse (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Hofale des Herrn W. Schulte-Rattler, Diskuterstunde. — **Nachen (Diskuterklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskuterabend bei Seuchter, Ecke Hansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Roonstraße. Diskuterstunde. — **Evandau (Diskuterklub der Deutschen Gewerkevereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selzenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinslokal Pieper (früher Gerlich), Schaller- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Diskuterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbierbräu, Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. S. (Diskuterklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. H. (Diskuterklub).** Jede beiden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachen, Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Diskuterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eisenstraße. — **Cottbus (Diskuterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Koberl, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Diskuterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskuterstunde bei P. Eisenburger, Wapenmeisterstraße. — **Selzenkirchen (Ortsverband).** Sonntag, den 5. Juli, morgens 10 Uhr, Vertreterversammlung bei Simon, Alter Markt.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin III (Konditoren). Karl Köhling, 1. Borjberger, Charlottenburg, Bismarckstr. 41; Max Watzsche, Schriftführer, Berlin, Chausseestr. 296. **W. Gladbach.** Kurt Reichelt, Sophienstr. 1. Agitationsbeamter des Gewerkevereins der Schriftarbeiter für Rheinland-Westfalen. **Hannover-Linden.** Die Auktionsstellen befinden sich für Hannover beim Kollegen Joh. Drevert, Bahnenwallstr. 89a; in Linden beim Kollegen Hermann Wille, Dorenstraße 45. **Frankfurt a. O. (Ortsverband).** S. Hellmig, Borjberger, Günterweg 16; Otto Reihig, Schriftführer, Leipzigerstr. 104 III. **Selzenkirchen (Ortsverband).** Das Bezirkslokal befindet sich bei Simon, Alter Markt.

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Feier
des
40 jährigen Bestehens der deutschen Gewerkevereine

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden

das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts

Dr. W. Girsch,
künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von

15 Mk. portofrei.

Serner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellierte Büste des Verbandsanwalts zum Preise von 9 Mk. für Berlin, und für auswärts mit bahnfertiger Kistenverpackung

12 Mk., ohne Frachtkosten.

Zum Wohnungsschmuck für Verbandsangehörigen sind noch vorrätig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pf.

Die Bestellungen müssen vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/223 eingehandt werden.

Verband der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)

Mittwoch, den 1. Juli 1908, abends 8 Uhr,
Fortsetzung der Versammlung
aller Berliner Gewerkevereiner
im großen Saale des Verbandsbause, Greifswalder Straße 221/223.

Tages-Ordnung:
Diskussion über den Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Karl Goldschmidt über: „Die Gewerkevereine und die Parteipolitik“. Zutritt haben nur Mitglieder. Quittungsbuch legitimiert. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Der geschäftsführende Ausschuss.
Fr. Reußert.

Stellenlose

Handelsbillsarbeiter, Hausdiener, Yacker etc.
erhalten Stellung nachgewiesen durch den **Arbeitsnachweis** unseres Ortsvereins der Handelsbillsarbeiter. Meldungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW., Kochstraße 56.

Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen F. Robert, Hospital-
Edin und Wälsheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen F. Robert, Hospital-
Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Wetzell, Chemnitz-Gabels-
Klaustal 64.